

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No. 22.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzustellungsliste Nr. 6817.

Hannover,
Sonnabend, 23. Oktober 1897.

Inserate kosten pro gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Burgstr. 41. Verlag: Cösteriede 9A.

6. Jahrg.

Der Bericht der preussischen Gewerbeberäthe für 1896.

I.

Gerade wie man die Leistungsfähigkeit einer Maschine erprobt, indem man sie bis zur Maximalgrenze belastet, so giebt es auch für die Prüfung einer Arbeiterschutzesgesetzgebung kein besseres Feld, als die Periode des höchsten wirtschaftlichen Aufschwungs, wo die Profitlust des Unternehmertums alle Schranken der Vernunft und oft auch die des Gesetzes mit Füßen tritt und die Mängel des Arbeiterschutzes dadurch am ehesten bemerkbar werden. Und die deutsche Arbeiterschutzesgesetzgebung in der Tragweite der Novelle von 1891 und der sich daran anschließenden Verordnungen hat diese Probe schlecht bestanden, wie aus den meisten der bisher vom Jahre 1896 veröffentlichten Gewerbeaufsichtsberichten, und ganz besonders aus den preussischen hervorgeht. Wir haben ja von jeher auf deren Unzulänglichkeit hingewiesen, selbst in den vorhergehenden Jahren tieffter Depression; aber daß diese Mängel jetzt aus amtlichen Berichten allgemach anerkannt werden, das giebt unserem kritischen Urtheil eine erhöhte Bedeutung. Es gehörte freilich auch ein Jahr der tollsten Ausbeutungswirtschaft und der unverfrorensten Mißachtung der Gesetze dazu, um den Aufsichtsbeamten die Mängel und Lücken der Gesetzgebung bemerkbar zu machen, und weiter ein Beamtenthum, das fern von bürokratischer Geheimnisthämerei und bürgerlicher Schönrederei die Mißstände rücksichtslos aufdeckt und an den Pranger stellt, welchen Vorzug die preussischen Berichte vor andern, z. B. den sächsischen besitzen.

Aber noch ein Anderes haben die Berichte ergeben, nämlich die offenbare Reformbedürftigkeit der preussischen Gewerbeinspektion, deren Zustand des größten Bundesstaates durchaus unwürdig ist und bedenklich hinter der Entwicklung in anderen Einzelstaaten einherhinkt. Dies zeigt uns schon ein Blick auf die statistischen Tabellen, wobei wir die Statistik der unterstellten Betriebe und der erwachsenen Arbeiter, sowie der Kesselrevisionen und der Unfallverhütungsthätigkeit vermissen, ganz zu schweigen von sonstigen Ansprüchen, die man an die Sozialstatistik Preussens mit Recht stellen müßte. Auch die Revisionsergebnisse sind völlig ungenügend, wenn sich deren genauer Stand auch nur in einem Theil der Bezirke ermitteln läßt, weil nur aus 10 von 27 Bezirken die Betriebszahlen und aus 13 die gesammten Arbeiterzahlen vorliegen; in diesen schwankt der Prozentsatz der revidirten Betriebe zwischen 15,7 Proz. (Breslau) und 54 Proz. (Arnsberg) und der revidirten Arbeiter zwischen 47,2 Prozent (Berlin) und 85 Proz. (Arnsberg). Zur Befriedigung der minimalsten Revisionsansprüche müßten also die Beamten (186 an der Zahl) verdoppelt oder von der Kesselrevision entbunden werden, welche letztere noch immer den größeren Theil der Dienstzeit beansprucht. Auch die Mitwirkung der Polizeibehörden trägt wenig zur besseren Entwicklung der Gewerbeaufsicht bei. Diese haben nun einmal keine glückliche Hand in solchen Dingen, mag es sich um das Eine oder das Andere handeln. Die ihnen übertragene Zahlung der weiblichen und jugendlichen Arbeiter liefert unzuverlässige Ergebnisse, namentlich die Kinderzählung; die Unfallmeldungen werden nur lüdenhaft an die Inspektion übermittelt; die Bewilligungen von Ausnahmen für Sonntagsarbeit, Arbeiterinnen- und Jugend-Überarbeit lassen sehr oft die sorgfältige Prüfung der gesetzlichen Zulässigkeit vermissen und im Allgemeinen wird den Polizeibeamten Mangel an Gesetzeskenntnis und sozialpolitischem Verständnis nachgesagt, kurz, es hapert überall. Es mag sein, daß die Verwendung ungeeigneter Unterbeamte zum Theil diese üblen Erfahrungen verschuldet, aber auch die Uebertragung der Revisionen an höhere Beamte, eventuell in Kleinstädten an die Bürgermeister, wie manche Gewerbeberäthe vorschlagen, würde keine anderen Resultate ergeben, weil Verwaltungs-polizei und Gewerbeaufsicht zwei diametral verschiedene Gebiete sind, die sich schlecht miteinander verbinden lassen. Hier hilft nur eine völlige Selbstständigkeit der Gewerbeinspektion und Reorganisation im Sinne der bekannten Arbeiterforderungen: Anstellung von Ärzten, Arbeiterbeigeordneten und weiblichen Inspektoren. Aber in dieser Richtung geschieht nichts und hinsichtlich der letzteren Reform haben Hessen und Sachsen-Weimar dem großen preussischen Staate

schon den Rang abgelaufen. Im Berichtsjahr wurden 51 298 Revisionen in 38 636 Betrieben vorgenommen, in denen 1 398 328 Arbeiter, nämlich 87 192 Jugendliche, 252 068 Arbeiterinnen und 1 059 068 Arbeiter beschäftigt waren. 939 Revisionen fanden Nachts und 2341 an Sonntagen statt; 5440 Anlagen wurden zweimal und 2268 mehrmals revidirt. Im Uebrigen wurde die Thätigkeit der Beamten durch die Uebertragung von 19 speziellen Erhebungen beeinflusst, von denen einige nicht ohne Rückwirkung auf die Berichterstattung gewesen sein mögen.

Ueble Erfahrungen im Verkehr mit den Unternehmern haben diejenigen Aufsichtsbeamten gemacht, die für die Durchführung ihrer Anordnungen etwas energischer eintraten. So nahmen im Bezirk Arnsberg gerade die Vertreter größerer Werke den Beamten gegenüber eine schroffe Stellung ein, weil diese sich mehrfach zu hygienischen Anordnungen veranlaßt sahen, und eine größere chemische Fabrik beschwerte sich sogar beim Oberpräsidenten wegen „unbefugten gemaltzamen Eindringens in fremdes Eigenthum“, da ein Beamter den Betrieb Sonntags ordnungsgemäß revidirt hatte, ohne die Ankunft des Direktors abzuwarten. Auch im Bezirk Trier bestand ein Unternehmer darauf, daß der Beamte seinen Betrieb nur in seinem Beisein zu betreten habe; ihm wurde erwidert, daß dann der Beamte jedesmal einen Gensdarm als Begleitung mitbringen werde. Im Bezirk Erfurt mußte elf mal die Hilfe der Polizei gegen renitente Unternehmer wegen der Durchführung sanitärer Einrichtungen in Anspruch genommen werden. Aus den Berichten von Pommern und Arnsberg werden auch Beleidigungen der Aufsichtsbeamten durch Arbeitgeber gemeldet. Einen bezeichnenden Fall unternehmerlicher Widersetzlichkeit und gewerbebehördlicher Ohnmacht meldet der Arnsberger Bericht. Dort beklagte sich ein Arbeiter, daß er entgegen den Unfallverhütungsvorschriften die Transmissionsmuffen während des Ganges an gefährlichen Stellen schmieren müsse; aus Furcht vor Entlassung wünschte er ungenannt zu bleiben. Eine unauffällige Revision bestätigte diese Angaben und die Firma versprach Abhilfe und meldete diese später als geschehen noch extra schriftlich an. Dem Arbeiter aber wurden nicht bloß wegen seiner Aussage ernste Vorwürfe gemacht, sondern er wurde auch weiter zu der gefährlichen Arbeit angehalten, und was das Schönste ist, — die Inspektion sah sich in Rücksicht auf dessen gefährdete Stellung außer Stande, nachdrücklich einzuschreiten. Dieser Standpunkt der Inspektion ist uns schwer begreiflich. Das gefährdete Leben eines Arbeiters und das Ansehen des Gesetzes müssen doch höher gelten, als die Rücksicht auf eine ohnehin wenig annehmliche Stellung! Wohin sollte das führen, wenn solche Rücksichten mehr geübt und mehr ausgenützt würden? Mehrere Aufsichtsbeamte glaubten, bei Beschwerden besser mit den betreffenden Arbeitern direkt, als durch Vermittelung gewerkschaftlicher Beschwerdekommissionen zu verkehren und lehnten daher die letztere ab. Wir haben gegen einen direkten Verkehr im Einzelfalle nichts einzuwenden; aber die Ablehnung jeder Vermittelung gerührt dort, wo noch eine begründete Scheu der Arbeiter vor einer direkten Aussprache an Amtsstelle herrscht, die einzige Verbindung zwischen Inspektion und Arbeiterschaft, was im Interesse der möglichsten Durchführung des Arbeiterschutzes sehr zu bedauern wäre.

Parteitag

der deutschen Sozialdemokratie.

Unter großem Andrang der Hamburger und der in der Umgebung Hamburgs wohnenden Arbeiterschaft wurde am 3. Oktober, Abends 7 Uhr, in Hamburg der diesjährige Parteitag eröffnet. Das Lokal Lütze's Salon war geradegu herrlich ausgeschmückt. Auf der Präsidententribüne ragten aus einem Haum von Lorbeer- und Palmenbäumen die Büsten von Marx, Lassalle und Engels. Von der Wand der Eingangsgalerie blickte das Gemälde des unvergesslichen Geib. Die das Gemälde des Saales stützenden Säulen und die Rednertribüne waren roth drapirt. 70 Fahnen, Standarten und Banner der Partei und den verschiedenen Gewerkschaften gehörend schmückten den Saal und legten Zeugnis dafür ab, daß der Parteitag dieses Mal an einem Orte des Klassenkampfes tagte. Nach Beledigung der formalen Geschäfte, Wahl des Bureau's, endgiltige Festsetzung der Geschäftsordnung, Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission, be-

schloß der Parteitag, eine Sympathie Kundgebung an die um die achtstündige Arbeitszeit kämpfenden Maschinenbauer folgenden Wortlautes zu senden:

„Der in Hamburg versammelte Parteitag der Sozialdemokratie Deutschlands erwidert den um den Achtstundentag kämpfenden Maschinenbauern Englands seinen brüderlichen Gruß.“

Die Sozialdemokratie Deutschlands blickt mit Stolz auf die mustergiltige gewerkschaftliche Organisation, mit der die Arbeiter des Maschinenfaches in England der starken Koalition ihres Unternehmertums entgegenzutreten wissen. Mit Genugthuung begrüßt der Parteitag die Thatfache, daß zum ersten Mal gewerkschaftlich organisierte Arbeiter eines ganzen Gewerbes im kapitalistischen Musterstaate England den Achtstundentag als Kampfpapier ausgegeben haben.

Der Parteitag der Sozialdemokratie Deutschlands versichert deshalb die englischen Maschinenbau-Arbeiter seiner wärmsten Sympathie. Er betrachtet es als eine Pflicht der internationalen Sozialdemokratie, die englischen Maschinenbauer, als Vorkämpfer des Achtstundentages, mit aller Kraft nicht nur moralisch, sondern auch materiell zu unterstützen, und vor Allem dafür zu wirken, daß vom Festlande Europas, und namentlich von Deutschland, während der Dauer des Streiks keine Metallarbeiter sich nach England begeben.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wünscht den Maschinenbauern Englands baldigen und vollständigen Erfolg in ihrem für die Arbeiter aller Länder bedeutsamen Kampfe.“

Als Korreferent für den Punkt 5 der Tagesordnung: „Betheiligung an den preussischen Landtagswahlen“, wird Liebknecht bestimmt.

Die österreichische, belgische und holländische Bruderpartei haben Vertreter entsandt, von anderen sind Begrüßungsschreiben eingegangen.

Es sind 220 Personen anwesend, davon 183 Delegirte mit 212 Mandaten.

Den Geschäftsbericht gaben die Genossen Pfannkuch und Gerisch. Unsere Leser haben das Wichtigste daraus bereits in der vorigen Nummer gefunden. Wir geben hier nur einige Ausführungen des Kassirers Gerisch über die Art, wie verschiedene Parteiorde die Hauptkasse finanziell vernachlässigen, wieder. Eine an die Vertrauensleute gerichtete Umfrage über Einnahme und Ausgabe wurde nur von 45% der Vertrauensleute beantwortet. 25 Parteiorde stellten Redner als typisch für das Verhalten der Parteigenossen dar. Diese Orte hatten eine Gesamteinnahme von 149 180 Mk. Die durchschnittliche Einnahme der einzelnen Parteiorde betrug also 6000 Mk. Davon hatten 22 Orte eine Durchschnittseinnahme von 5550 Mk., davon sandten sie 224 Mk. an die Parteikasse. Im Ganzen haben jene 25 Orte 10 025 Mk. an die Parteikasse abgeliefert, 139 155 Mk. sind an den Orten verblieben. Dagegen wird der Opfermuth anderer Parteiorde gelobt. Berlin, Barmen, Elberfeld, Görlitz, Gera, Hannover, Stettin haben Vorzügliches geleistet. Selbst die armen Weber im Culengebirge und die Genossen in Memel haben sich der Parteikasse erinnert. Mit einem Appell an die Anwesenden, sich wegen der bevorstehenden Wahlen mehr wie seither der Parteikasse zu erinnern, schließt der Redner. Folgender Antrag der Parteigenossen in Galbe-Aischerleben wird angenommen:

Der Parteitag möge den geschäftsführenden Ausschuss beauftragen, im Laufe des nächsten Jahres eine planmäßige Agitation im ganzen Lande und besonders unter den ländlichen Arbeitern für Abschaffung der Gefinde-Ordnungen und sonstiger Ausnahmestimmungen, welche die landwirtschaftlichen Arbeiter bedrücken, sowie für Gleichstellung der ländlichen Arbeiter mit den gewerblichen in Bewegung zu setzen — ähnlich wie bei der Umsturzwahl — und hiermit gleich die schärfere Betonung der Programmforderung: Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung zu verbinden.

Gleichzeitig möge der Parteitag den Wunsch aussprechen, daß die Presse den Gefinde-Ordnungen sowie der Handhabung derselben, sowie den aus dem heutigen Aerzte- und Apothekentwesen auf dem Lande hervorgehenden Mißständen mehr Beachtung widmet und bedeutend mehr Werth beilegt als bisher.“

Angenommen wird ferner der Antrag, gestellt von Gerlach, Paul, Hoffmann u. Gen.:

Der geschäftsführende Ausschuss wird beauftragt, das Material bezüglich der Behandlung des Gefindes sowie der ländlichen Arbeiter und Arbeiterinnen seitens der Gutsbesitzer und Pächter zu sammeln, übersichtlich zu bearbeiten und in Broschürenform herauszugeben.“

Angenommen wird endlich folgender Antrag: Der Parteivorstand hat nach jedesmaligem Abschluß der Registratorperiode in Broschürenform einen Bericht über die Verhandlungen des Reichstags analog denen von 1887—1890 und 1890—1893 herauszugeben.“

Die folgenden Beratungen befaßen sich mit den auf die Presse bezugnehmenden Anträgen:

Die Buchhandlung Vorwärts. In zu beauftragen, die Monatszeitschrift „In Freien Stunden“ in Anstaltsform und technischer Hinsicht zu vervollständigen.

Parteienoffen des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises: Die im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheinende Wochenzeitschrift „In Freien Stunden“ ist zu erweitern und in Bezug auf Illustrationen zu verbessern.

Ein anderer angenommener Antrag verpflichtet die Parteileitung, den offiziellen Bericht über die Parteitage den Parteiblättern, die ihn haben wollen, zum gleichzeitigen Abdruck zu überlassen.

Den Bericht zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Parlamentarische Thätigkeit“, giebt Schippel.

Der letzte parlamentarische Feldzug begann mit einer Interpellation über die Bekämpfung der sächsischen Konsumvereine durch die sächsische Regierung, die den Vereinen eine Umsatzsteuer von 2 Prozent auferlegte. Ein praktisches Ergebnis hatte die Debatte nicht, und wird die Angelegenheit wohl noch einmal in der nächsten Tagung des Reichstages angeschnitten werden.

Der Antrag: „Einführung des Achtstundentages“ zeitigte das verblüffende Resultat, daß die Gegner dieses Mal mit anderen Gründen ihre Gegnerschaft belegten. Wenn man früher bei den Beratungen nur Vorlesungen über Tagesdieberei und Beschränkung der persönlichen Freiheit, Förderung des Suffis und der Viederlichkeit durch den Achtstundentag zu hören gewöhnt war, so gingen die Gegner dieses Mal mit sachlicheren Gründen vor.

Nur Herr v. Stumm war wie immer der Hauptvertreter der einseitigsten Unternehmerbefürchtungen. Nach ihm ist die freie Zeit für den Arbeiter überhaupt vom Uebel, besonders jedoch für den deutschen, der sich dann umfomehr in den Vereinen herumtreibt und so seinen „Ausgabe-Stat auf das Neupferste erhöht“. (Lebhafte Beifall.) Außerdem gebe der deutsche Arbeiter und seine Frau viel zu viel in Bergnügungen, Spirituosen und Fuß aus: selbst durch Prämien sei er nicht zu größerem Fleißchonusum zu veranlassen; „er läßt das Fleisch, selbst wenn man es ihm umsonst giebt, stehen“. Darum könne er nie so viel leisten wie der Engländer und auch nie eine englische Arbeitszeit beanspruchen. Schließlich, um der Komik seiner Ausführungen die Krone aufzusetzen, appellirte derselbe Herr Stumm, der täglich nach Ausnahmegelesen gegen die organisierte Arbeiterklasse schreit, der seinen eigenen Arbeitern die erlaubten Zeitungen und Einkaufsläden vorschreibt, der seine Untergebenen nur mit seiner Erlaubniß heirathen läßt, an das „freie Selbstbestimmungsrecht des erwachsenen Arbeiters“, an die „Gleichberechtigung, an die er von Gott und Rechts wegen Anspruch hat in Deutschland“. „Sie suchen durch diesen Antrag den Arbeiter in eine Knechtschaft hineinzuzwingen, die toller und schlimmer ist, als sie der schlimmste Arbeitgeber jemals hätte erfinden können.“ (Lebhaftes Bravo rechts.) Als ihm dieses Pulver ausging, warf Herr Stumm noch einige aus den schmutzigsten Zeitungswinkeln aufgelesene übertriebene Aepfel gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften.

Die entscheidende Rolle bei den Verhandlungen spielte das Zentrum. Seine Stellungnahme war schwächlich und zweideutig. Abgeordneter Hise billigte wenigstens theoretisch alle Gründe für die Einführung eines gesetzlichen Maximalarbeitstages. „Ich für meine Person bin überzeugt, daß wir heute ganz gut den zehnstündigen Arbeitstag einführen könnten, ohne jede Schädigung der Industrie.“ Auch der Achtstundentag wäre „kein Prinzip, keine sozialdemokratische Forderung; er ist eine Frage nüchternen, praktischer Erwägungen“. Dann rückte aber der neugewählte Herr v. Hertling ins Geschehen und verfocht die alte kirchlich-manchesterliche Richtung: „Wenn es sogar erwiesen wäre, daß eine solche Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiter in den gewerblichen Betrieben überall die erwünschten Folgen hätte, wenn es erwiesen wäre, daß alle industriellen Betriebe sich diese Verkürzung der Arbeitszeit ohne Schädigung gefallen lassen könnten, so würde für mich dennoch die große Frage übrig bleiben, ob für die allgemeine Staatsgesetzgebung, die die Interessen aller Stände gleichmäßig zu berücksichtigen hat, ein Eingehen auf den sozialdemokratischen Antrag zweckmäßig wäre.“ Allerdings trat Herr v. Hertling wenigstens für das freieste Koalitionsrecht der Arbeiter ein und er hatte den ersten Antrag Hise mitunterschieden, der unter Berufung auf die kaiserlichen Februarerlasse dahin ging: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, thätigst bald dem Reichstage einen Gesetzentwurf zum Zwecke der Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiter (über 16 Jahre) in Gebieten mit höchstens dreizehnhundert Stunden wöchentlich vorzulegen.

Die Schwächlichkeit dieses Antrages liegt auf der Hand, aber das Plaidoyer des Herrn v. Hertling ließ viel mehr auf Ablehnung desselben und auf Unterstützung des zweiten Zentrums-Antrages hinaus:

- die verbündeten Regierungen zu ersuchen:
1. Erhebungen — insbesondere unter Befragung der Gewerbe-Aufsichtsbeamten, der Krantenlassen-Vorstände und Ärzte, sowie durch Vergleichung der Statistik der Krantenlisten und Invaliditäts-Anstalten — darüber anzustellen, in welchen gewerblichen Betrieben durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird;
 2. auf Grund dieser Erhebungen überall dort, wo eine solche Gesundheitsgefährdung vorliegt, in Ausführung des § 126, Absatz 3, der Gewerbeordnung durch entsprechende Bestimmungen die Arbeitszeit zu regeln.

Der sozialdemokratische Antrag war aussichtslos; der erste Zentrums-Antrag fiel für den zweiten konnte selbst Herr v. Stumm sich erheben, denn er enthält nichts, was nicht schon in der Gewerbeordnung steht und was der arbeitsstatistischen Kommission des Reiches nicht schon als Aufgabe zuertheilt wäre.

Die Regierung hatte bezeichnender Weise während der ganzen dreitägigen Debatte geschwiegen. Nur die Sozialdemokraten traten energisch für eine der wichtigsten sozialpolitischen Forderungen der Gegenwart ein.

Ein anderer Antrag zielt auf Aufhebung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen hin. Er wurde abgelehnt.

Einer der ersten vorjährigen Anträge der Reichstagsfraktion ging dahin:

Der Reichstag wolle beschließen:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch sämtliche landesgesetzlichen Sonderbestimmungen über die Rechtsverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und des Gesindes zu ihren Arbeitsverhältnissen beziehungsweise zu ihrer Dienstverpflichtung aufgehoben werden und an deren Stelle die Bestimmungen der Reichs-Gewerbeordnung treten.

Dieser Antrag wurde schließlich abgelehnt, dagegen folgender Antrag Benzmann angenommen:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigt einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch die Rechtsverhältnisse zwischen den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern sowie dem Gesinde einerseits und deren Arbeitgebern andererseits reichsgesetzlich geregelt werden.

Dieser Beschluß entsprach im Wesentlichen einer am 11. Dezember 1896 bereits gebilligten Resolution zum Bürgerlichen Gesetzbuch:

„es werde die Erwartung ausgesprochen, daß . . . 2. die Verträge, durch welche sich Jemand verpflichtet, einen Theil seiner geistigen oder körperlichen Arbeitskraft für die häusliche Gemeinschaft, ein wirtschaftliches oder ein gewerbliches Unternehmen eines Anderen gegen einen vereinbarten Lohn zu verwenden . . . für das Deutsche Reich baldmöglichst einheitlich geregelt werden.“

Gegen die Bäderverordnung liefen die Konservativen abermals Sturm. Sie verlangten deren Abänderung. Ihr Redner, Graf Stolberg-Wernigerode, bedauerte auf das Lebhafteste, „daß man gerade mit einem Handwerk begonnen hat, während es doch unsere Aufgabe ist, das Handwerk zu schonen. Nun aber werden in diesem Handwerk wiederum die mittleren Betriebe geschädigt, und gerade diese wollen wir doch schützen und stärken“. Der Ansturm mißlang.

Den Handlungsgehilfen hat die letzte Session Vortheile gebracht. Sie haben für die Kündigungsfrist und die Konkurrenzklause liberalere als die seither gültigen Bestimmungen erhalten. — Eine Anzahl Anträge, die die Fraktion aufzuredern, gegen die ungleichmäßige und mißbräuchliche Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung Beschwerde zu führen; ferner die Interpellation betreffend die Handhabung des § 152 der Gewerbeordnung durch Polizei und Justiz einzubringen; Anträge auf Erweiterung der Gewerbeinspektion, Einführung der dreijährigen Legislaturperiode, Revision der Seemannsordnung u. s. w., werden der Fraktion zur Erwägung überwiesen.

Darauf spricht Genosse Bebel über die bevorstehenden Reichstagswahlen.

Der Parteitag beschließt:

1. Es ist Pflicht aller Parteigenossen, soweit dies noch nicht geschehen ist, sofort in die Vorbereitungen für die allgemeinen Reichstagswahlen einzutreten und in allen Wahlkreisen, in welchen organisierte Parteigenossen vorhanden sind, ohne Rücksicht auf die Zahl der zu erwartenden Stimmen, einen Parteikandidaten aufzustellen.
2. Im Falle einer engeren Wahl in einem Wahlkreis, bei welcher der Kandidat der Partei nicht in Frage kommt, sind die Parteigenossen gehalten, demjenigen Kandidaten einer bürgerlichen Partei ihre Stimme zu geben, der sich verpflichtet, im Falle seiner Wahl für Folgendes im Reichstage einzutreten:

- a) Für Aufrechterhaltung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in seiner jetzigen Gestalt, es sei denn, daß es sich um Anträge auf Erweiterung oder größere Sicherung desselben handelt; gegen jede Erhöhung des bestehenden Standes des Heeres und der Marine.
- b) Für Aufrechterhaltung des unverkürzten Budgetrechts des Reichstages. (Kein Septennat, Quinquennat zc.) Gegen jede Aufhebung oder Einschränkung von Arbeiterschutz oder Verordnungen außer in den unter a angenommenen Fällen.
- c) Für Sicherung des vollen Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechtes durch ein Reichsgesetz.
- d) Gegen die Einführung von Ausnahmegeetzen irgend einer Art und gegen die Verschärfung des bestehenden Strafrechts, soweit es sich dabei um politische Vergehen oder Verbrechen handelt.
- e) Gegen jede Verschlechterung der bestehenden Freigesetzgebung.
- f) Gegen die Einführung neuer oder die Erhöhung bestehender indirekter Steuern und Zölle auf notwendige Lebens- oder Genusmittel. (Bier, Tabak zc.)

3. Kommt kein Kandidat in Frage, der sich auf diese Forderungen verpflichtet, so ist strikte Stimmenthaltung zu proklamieren.

An Stelle des Punktes 5 der Tagesordnung wird zunächst Punkt 6: Die Waiseier 1898, behandelt. Der Berichterstatter Förster erklärt, äußerst kurz sein zu können. Die Frage der Arbeitsruhe, die uns in früheren Jahren am meisten in Anspruch genommen hätte, fällt für das nächste Jahr fort, da der 1. Mai im nächsten Jahre auf den Sonntag fällt. Er unterbreitet folgende Resolution:

Der Parteitag wolle beschließen, die Resolution des Sozialdemokratischen Parteitages, betreffend die Waiseier, für die folgenden Jahre als bindend zu betrachten.

Die Gothaer Waiseier-Resolution hat folgenden Wortlaut:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiern die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Fest der Arbeit, gewidmet den Forderungen des Proletariats, der Brüderlichkeit und dem Weltfrieden. Als würdigste Feier des 1. Maibetrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

Ein Antrag des 1. Hamburger Wahlkreises: „Die Forderung der Arbeitsruhe am 1. Mai fallen zu lassen“, wird zurückgezogen, die Resolution des Referenten angenommen.

Ueber den internationalen Arbeiterschutz-Kongress in Zürich referirte Mollenbuhr. Die Beschlüsse dieses Kongresses sind unseren Lesern bekannt, wir beschränken uns auf Wiedergabe der vom Referenten vorgelegenen und vom Parteitag einstimmig angenommenen Resolution:

„Der Parteitag erklärt nach Entgegennahme des Berichts über die Verhandlungen des diesjährigen Arbeiterschutz-Kongresses in Zürich sein Einverständnis mit den darselbst gefaßten Beschlüssen und ersucht die Parteigenossen, bei jeder passenden Gelegenheit für diese Beschlüsse zu wirken.“

Ueber die Beteiligungen an den preussischen Landtagswahlen referirten Auer und Liebknecht. Ersterer will die Beteiligungen, der Letztere ist für Aufrechterhaltung des Kölner Beschlusses, der jede Beteiligungen verbietet. Die Debatte ist eine sehr eingehende, die Anhänger und Gegner der Beteiligungen kommen in ausreichendem Maße zum Wort. In namentlicher Abstimmung wird mit 160 gegen 50 Stimmen die Aufhebung des Kölner Beschlusses verfügt. Die Frage, ob über die Art der Beteiligungen nur preussische Parteigenossen zu entscheiden haben, wird mit 147 gegen 63 Stimmen verneint. Eine von Bebel eingebrachte, durch verschiedene Unteranträge geänderte Resolution wird in folgendem Wortlaute zum Beschluß erhoben:

„Die Beteiligungen an den nächsten preussischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen. In wie weit eine Wahlbeteiligung in den einzelnen Wahlkreisen möglich ist, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse. Kompromisse und Bündnisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden.“

Es folgt die Beratung der Organisation, die mit Aufhebung des seitherigen provisorischen Zustandes und der Verlegung des Sitzes der Parteileitung nach Berlin abschließt.

Die Wahl des Parteivorstandes ergab als Vorsitzende: Bebel und Singer; Kassierer: Gerisch; als Sekretäre: Auer und Pfannsch.

Damit hat der Parteitag seine Arbeiten erledigt und wird mit einem entsprechenden Schlußworte und einem Hoch auf die Sozialdemokratie vom Vorsitzenden Singer geschlossen. Die Anwesenden singen mit brausenden Akkorden den ersten Vers der Arbeitermarseillaise, dann trennt man sich; Jeder eilt der Heimath entgegen, zum Kampfe, der im kommenden Jahre wegen der Reichstagswahl besonders heiß sein wird.

Soziale Rundschau.

Der Kampf der englischen Maschinenbauer um den Achtstundentag dauert unverändert fort. Den Kesselschmiedern der Londoner Schiffsreparaturwerkstätten, die seit 1892 die achtstündige Arbeitszeit haben, ist diese von den Unternehmern wieder gekündigt worden. Sie beschloßen, die Kündigungsfrist innezuhalten, dann aber die Werften zu verlassen und vor Bewilligung des Achtstundentages nicht wieder zu betreten. Ueber 2000 Arbeiter kommen in Frage. Das Exekutivkomitee der Unionisten hatte mit den Arbeitgebern der Schiffsreparaturwerkstätten Verhandlungen angebahnt. In einer am Donnerstag der vorigen Woche abgehaltenen Versammlung wurden aber die Vermittlungsvorschläge verworfen und schloßen sich die Arbeiter der Firmen dem Ausstande an.

Zur drohenden Krise in der Textilindustrie. In Manchester ist dieser Tage das vereinigte Komitee, welches fünf Arbeitgeber-Vereinigungen der Baumwollenbranche vertritt, zusammengetreten und hat beschloßen, baldmöglichst die Arbeiter zur Theilnahme an einer Besprechung aufzufordern, in der, wie es heißt, die Zustimmung zu einer fünfprozentigen Lohnherabsetzung verlangt werden soll. Von den 38 Millionen Spindeln, die in Manchester, Lancashire, Yorkshire u. s. w. vorhanden sind, sind 4 Millionen bereits außer Thätigkeit gesetzt.

In einer Ausschusssitzung des Vereins süddeutscher Baumwoll-Industrieller, die am 4. Oktober in Stuttgart abgehalten wurde, war man, wie berichtet wird, einstimmig der Meinung, daß die „trostlose Lage“ der Baumwollweberei nur durch eine noch durchgreifendere Arbeitseinschränkung gebessert werden könne, als sie bisher schon vorgenommen worden ist. Man beschloß, auf den 1. November eine allgemeine Weberversammlung nach Stuttgart einzuberufen, um im Anschluß an die im Utsaß in sichere Aussicht genommene systematische größere Einschränkung weitere Schritte in diesem Sinne einzuleiten.

Die Lage der deutschen Textilindustrie ist, namentlich angesichts der amerikanischen Zollpolitik, gewiß sehr schwierig. Wie kommt aber die ohnehin erbärmlich bezahlte Arbeiterchaft der Textilindustrie dazu, die Sünden der Diplomatie und der Unternehmer zu büßen?

Der Verein der chemischen Industrie Deutschlands hielt am 28. September in Baden-Baden seine Generalversammlung ab, in der bei Verlesung des Ge-

schäftsberichtes mitgeteilt wurde, daß die Gesamtproduktion in dieser Industrie im vorigen Jahre um 8,7 Proz. gestiegen ist und die Durchschnittszahl der Arbeiter um 5,2 Proz. zugenommen hat. Die Arbeitslöhne haben sich im gleichen Zeitraum von 103,4 Millionen auf 113,7 Millionen Mark erhöht, was pro Kopf des Arbeiters berechnet eine Steigerung von 894,16 auf 906,58 M. ergibt. Diese geringe Zunahme der Löhne dürfte im Wesentlichen durch Überstundenarbeit erzielt sein. Nicht minder günstig gestaltete sich die Ausfuhr, die dem Werte nach um 6,5 Proz. stieg. Der Bericht konstatiert bei der stark auftretenden Konkurrenz einen Rückgang der Preise. In Folge dessen ist die durchschnittliche Rentabilität der chemischen Aktien-Fabriken, wie aus den Bilanzen festgestellt wurde, von 12,71 Proz. auf 12,30 Proz. gesunken. — Immerhin noch ein sehr respektabler Profit.

Ein Zusammenstreiten des Rohöl-Kartells der österreichisch-ungarischen Petroleumindustrie war für den 1. Oktober in Bernberg geplant. Wie verlautet, sollte die Kündigung des bestehenden Kartells per 1. April 1898 ausgesprochen werden, weil verschiedene bedeutendere Produzenten Rohöl unter dem Kartellpreise an Raffinerien verkauft haben. Die Leitung des Zentral-Verkaufsbureaus soll übrigens, wie dem „Wiener Fröbl.“ mitgeteilt wird, beabsichtigen, gegen die vertragsbrüchigen Kartellteilnehmer auf Grund der vorliegenden rechtsverbindlichen Verträge gerichtliche Schritte einzuschlagen. Bei der Generalversammlung sollten auch Beschlüsse zur Bildung einer Genossenschaft zum Zwecke eines gleichmäßigen Verkaufes des Rohöls — auf ähnlicher Basis wie die Vereinigung der Zuckerraffinerien — gefaßt werden. Das Alles von Rechts wegen. Wenn aber die Arbeiter auf Grund des Koalitionsparagrafen „einen gleichmäßigen Preis“ bei Verkauf ihrer Arbeitskraft erzielen wollen, dann wird es „von Rechts wegen“ gehindert.

Die Körpergröße unserer Fabrikbevölkerung und Großstädter ist im fortgeschrittenen Rückschritt begriffen und der Zeitpunkt rückt immer näher, daß das Maß der Rekruten viel niedriger gesetzt werden muß, wenn man die Heeresstärke auf der alten Höhe erhalten will.

Der Körper unseres Fabrikarbeiters ist degeneriert und daher unfähiger, zu widerstehen, was man schon daran erkennt, daß die mittlere Lebensdauer desselben sinkt und seine Kinder einer größeren Sterblichkeit anheimfallen.

Diese Ausführungen befinden sich in den „Blättern für Handel, Gewerbe und soziales Leben“, dem Beiblatt der „Magdeburger Zeitung“, einer in der Wolle gefärbten Gegnerin des durchgreifenden Arbeiterschutzes, den die kämpfenden Arbeiter fordern und der allein bei Degeneration der arbeitenden Bevölkerung einen Damm setzen kann.

Korrespondenzen.

Bieberich a. Rh. In der am 25. September abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde Kollege Ehler als 1. Bevollmächtigter in Vorschlag gebracht und ein Hilfskassierer gewählt. Unter „Verschiedenes“ wird eine in einer früheren Versammlung schon einmal behandelte Angelegenheit noch einmal erörtert. Dem Mitgliede Gasteier wird vorgehalten, daß er fast täglich mit seiner Partie bis 10 und 12 Uhr Nachts und nicht selten bis Morgens arbeite. Der Kollege Kolten teilt mit, daß außer Gasteier noch mehrere andere, hauptsächlich Akkordarbeiter bis spät in die Nacht hinein schufteten, um einen Verdienst von 3,50 bis 4 M. zu erwirtschaften. Ein anderer Kollege teilt mit, daß die Partie Gasteier nicht selten 90—94 und 96 Arbeitsstunden in der Woche habe. Daher komme es auch, daß der Werkführer allen anderen Arbeitern, die auf die Innehaltung der Arbeitszeit sehen, den Gasteier als Beispiel und Muster darstelle. Gasteier war zu dieser Versammlung eingeladen, aber nicht erschienen. Aus seinem Fernbleiben wird gefolgert, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zutreffen und wurde er nach längerer Debatte aus dem Verbande ausgeschlossen. Alsdann erhielt Kollege Behn das Wort, um dem scheidenden ersten Bevollmächtigten Kolten im Namen der Zahlstelle einige Abschiedsworte zu sagen. Er schildert den scheidenden als tüchtigen Leiter, braven und unermüdbaren Verbandsgenossen, der durch unerschöpfliche Agitation für die gute Sache in jeder Hinsicht seine Pflicht erfüllt habe, und fordert die Anwesenden zur Einstimmung in ein dreimaliges Hoch auf. Hierauf dankte der Kollege Kolten für das ihm bewiesene Vertrauen und bittet die Anwesenden, dieses auf seinen Nachfolger zu übertragen. Kollege Müller fordert zu eifriger Agitation für unseren Verband auf und Kollege Behn empfiehlt den Bevollmächtigten, sie möchten durch Veranstaltung von Vorträgen und Vorlesungen die Verbandsversammlungen interessant machen. Besonders eignen sich die Zeitartikel des „Proletariats“ zum Vorlesen und durch anknüpfende Besprechungen würden sie auch verständlicher gemacht. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Wockenheim. Die letzten Versammlungen waren so schlecht besucht, daß in allen von einer Eröffnung Abstand genommen werden mußte. Da wir am Orte immerhin eine Mitgliederzahl von — sagen wir einige Dreißig — haben, so wären es gar keine übertriebenen Erwartungen, wenn man wenigstens auf diese als Versammlungsbefucher rechnet. Leider bleiben auch die Mitglieder den Versammlungen fern. Ob das ihnen dort Gebotene zu gering ist, ob sie sich geistig für viel zu erhaben denken, um sich an den Versammlungen zu beteiligen, wer vermag das Räthsel zu lösen? Fest dagegen steht, daß, so lange die Mitglieder eine so große Nachlässigkeit an den Tag legen, auch gar nicht daran zu denken ist, jene Arbeiter, die unter dem Joche der Lohnsklaverei seufzen, sich aber über die Frage, wie dieses Joch zu erleichtern ist, den Kopf nicht zerbrechen, zur Organisation zu bewegen. Und doch wäre es leicht, wenn die organisierten Kollegen an den Agitationsarbeiten sich gemeinsam beteiligten, eine musterfähige, leistungsfähige Organisation zu schaffen. Die von dem Einzelnen gebrauchte Opfer an Zeit und Geld wären damit gewiß hundertfältig gelohnt. Aber die Kollegen wenden lieber ihren großen Scharfsmut an, um Anreden zu finden, die ihr Fernbleiben von der Organisation rechtfertigen, als daß sie die geringe auf sie fallende Pflicht erfüllen. Der Grund zu einer der in jüngerer Zeit beliebt gewordenen Anreden ist nun wieder entzogen; die Versammlungen tagen von jetzt an bei Herrn Graf, Gasthaus „Zu den drei Hasen“; Zeit wie bisher. Zunächst wird es unfer Bestreben sein, die Versammlungen interessant zu gestalten. Zu

diesem Zwecke haben wir uns bereits Referenten verpflichtet, die über Themas wissenschaftlicher Art referieren werden. Unsere Erwartung, die Mitglieder werden zu diesen Vorträgen erscheinen, wird nun hoffentlich nicht zu Schaden werden.

Elber. Am 29. September tagte unsere Mitgliederversammlung. Als Delegierter zu der Konferenz in Lübeck wurde Kollege Klinger gewählt. Darauf gab der Delegierte den Bericht vom Kartell. Unter dem Punkt „Verschiedenes“ fragten einige Kollegen an, warum die Abrechnung vom Streik der Pfaffenarbeiter noch nicht fertiggestellt sei. Der erste Bevollmächtigte erwidert, daß die Verzögerung der Rechnungsablage die Zahlstelle Barmed verschulde, diese habe trotz Aufforderung mehrere Akten noch nicht eingelebt. Es wird beschlossen, die Zahlstelle Barmed energisch aufzufordern, ihre Sache mit unserer Zahlstelle zu regeln, damit die Abrechnung erfolgen kann. Der erste Bevollmächtigte rügt dann noch das Verhalten des Mitgliedes v. Thun, der als Hilfskassierer thätig war und abreiste, ohne vorher mit dem zweiten Bevollmächtigten abgerechnet zu haben. Die Bevollmächtigten erhalten Auftrag, bis 15. Oktober zu warten, hat v. Thun dann seine Sache nicht in Ordnung gebracht, dann ist seine Verfolgung zu beantragen.

Elmsbittel. Am 29. September referierte in unserer Mitgliederversammlung Frau Zieg über Titel 7 der Gewerbeordnung. In zutreffender Weise führte Mednerin aus, daß die verschiedenen zum Schutze der Arbeiter geschaffenen gesetzlichen Bestimmungen sich auf dem Papiere ganz hübsch ausnehmen, aber in der Praxis lassen sie sich mehr als ein Schutz für Arbeiter geben, jedenfalls seien sie nicht weitgehend genug, um als befriedigende Arbeiterschutzbestimmungen gelten zu können. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrage erstattete Kollege Wienau den Kartellbericht. Im Anschluß daran forderte Kollege Fied die Mitglieder auf, selber über die Abnahme der Schuldenmarken vom Arbeiterbetriebe Kontrolle auszuüben, sich gegenseitig die Quittungskarten abzufordern, und diejenigen, die ihren Pflichten nicht nachkommen, der Zahlstellenleitung zu melden. Zu der in Lübeck tagenden Konferenz wurde Kollege Wienau als Delegierter gewählt. Nachdem noch der Kollege Ehlers als Hilfskassierer gewählt worden war und Kollege Fied die Mitglieder aufgefordert hatte, die Karten vom Sommervergütigen abzuliefern, damit die Abrechnung aufgestellt werden könne, trat Schluß der Versammlung ein.

Elmsborn. Sonntag, den 3. Oktober, tagte unsere Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Großmann. Wegen des schwachen Besuches fiel der Vortrag aus und der Referent Genosse Müller aus Hamburg mußte unverrichteter Sache wieder abreisen. Der zweite Bevollmächtigte gab dann die Abrechnung für das 3. Quartal. Auf Antrag der Revisoren wurde dem zweiten Bevollmächtigten Entlastung erteilt. Unter dem folgenden Punkte der Tagesordnung wurde Stellung genommen zu der demnächst in Lübeck tagenden Konferenz und als Delegierter der Kollege Bestmann gewählt. Darauf wurde der Kartellbericht entgegengenommen. Ein vom Kartell ausgearbeitetes Reglement wurde zur Berathung gestellt und gelangte dann zur einstimmigen Annahme. Es ward dann noch die Agitationskommission beauftragt, sie möge die Mitglieder zum Besuche der nächsten Mitgliederversammlung auffordern, damit wir endlich wieder einmal eine gut besuchte Versammlung sehen. Die Neuwahl der Agitationskommission mußte wegen des schwachen Besuches noch einmal zurückgestellt werden.

Frankfurt a. M. Die am 18. September in unserer Zahlstelle Vornheim im Saale des Herrn Büttke tagende Mitgliederversammlung war gut besucht. Zu dem 2. Punkte der Tagesordnung hielt Kollege Eiser einen Vortrag über die Entwicklung und die Bedeutung der Gewerkschaften, wofür ihm der größte Beifall gezollt wurde. Kollege Thoma ergänzte die Ausführungen des Referenten. Zum Schluß wies Kollege Eiser noch auf die elenden Zustände hin, wie z. B. Nahrung, Kleidung und Wohnung, auch auf die Zustände in den Vornheimer Fabriken und ermahnte zur regen Agitation für unsere Organisation.

Halle a. S. Am 10. Oktober tagte eine außerordentliche Mitgliederversammlung, die die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag brachte. Als Bevollmächtigte kamen die Kollegen G. Müller, Otto Meyer und Julius Schröder in Vorschlag, als Revisoren wurden die Kollegen Hermann Emmerich, Carl Cellarius und Franz Jabel vorgeschlagen. Nach der Ausgabe von Mitgliedsbüchern entspann sich eine rege Debatte über die Ausführungen des Kollegen Cellarius, der die Absicht kund gab, aus dem Verbande auszutreten. Als Grund gab er Folgendes an: Erstens könne er sich in einem Verbande nicht so frei bewegen wie in einer Lokal-Organisation. Zweitens gefalle es ihm nicht, daß gleich nach der Gründung der hiesigen Zahlstelle vom Vorstand Sammellisten zur Unterstützung der streikenden Arbeiter in Lagedorf gesandt worden seien. Drittens erregte es sein Mißfallen, daß für eine Versammlung, in der Frau Käppler referiert habe, und für Flugblätter zu dieser Versammlung eine Rechnung von 27,75 M. der Zahlstelle zugegangen sei. Diese Kosten hätte der Verband zu tragen und nicht die Zahlstelle. (Von uns ist eine Rechnung nicht übersandt worden, überhaupt haben wir von der fraglichen Versammlung erst nachdem sie getagt hatte, Kenntnis erhalten. V. B.) Mehrere Kollegen erklärten diese Gründe als viel zu nichtig, um damit auch nur den Austritt einer einzigen Person aus dem Verbande rechtfertigen zu können. Kollege Müller führte noch aus, daß die Rechnung zurückgeleitet sei, wozu Kollege Cellarius als früherer Revisor auch Kenntnis habe.

Hamburg-St. Georg. Der Mitgliederversammlung, die am 21. September tagte, lag zunächst die traurige Pflicht ob, das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Heinrich Hennings durch Erheben von den Söhnen zu ehren. Dann referierte Frau Zieg über das Thema: „Ausbeutung der arbeitenden Klasse und Fortschritt der Technik“. Nachdem der Kartellbericht erstattet war, wurde Frau Zieg als Delegierte zu der diesjährigen in Lübeck tagenden Konferenz gewählt. Darauf folgte die Wahl eines Kartelldelegierten und eines Hilfskassierers für den fünften Bezirk. Kollege Bütge stellte den Antrag, jedem Mitgliede ein Stierbisse einen Kranz und Nachruf im „Echo“ zu widmen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Abhaltung eines Wintervergütens wurde beschlossen und mit den notwendigen Vorarbeiten ein Komitee, aus 3 Personen bestehend, betraut.

Hannover. Eine öffentliche Versammlung der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, die von ca. 400 Personen besucht war, tagte am Sonntag, den 10. Oktober, in „Willingen's Gesellschaftshaus“, Bahnenmaderstraße. Auf Tagesordnung standen die Vorlesung des in der 55 Prozent Dividenden zahlenden „Continental-Gaoutchou“ und „Guttapercha-Compagnie“ hier selbst. Bei Erörterung der Angelegenheit schilderte der Referent, Kollege Reumann, in verständlicher, klarer Weise, was es eigentlich mit der sogenannten „Harmonie“ zwischen Kapital und Arbeit auf sich hat und wie insbesondere auf genannter Fabrik, die nach außen so gern die „Humanität“ als Paradesperd benutze, das Stumm'sche Rezept der Anrechnung jeder Selbstständigkeit immer mehr in Anwendung gebracht werde, sobald es die Arbeiter wagen, von dem ihnen zustehenden Rechte der Koalitionsfreiheit Gebrauch zu machen. Insbesondere gedachte Rechner dabei auch der Fabrikmeister C r n i t z und K o w o l d in für diese sehr wenig schmeichelhaftem Sinne. Zum Schluß seiner mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen wies der Referent dann auf die Notwendigkeit einer guten Organisation als das einzige Mittel hin, dem Uebergriffe und den Uebergriffen entgegen treten zu können. — In der Diskussion beendete unter Anderen Kollege S o h r e r g gut trefflich die Charaktereigenschaften gewisser, jetzt mit großer Nachsichtigkeit ausgestatteter Meister auf genannter Fabrik, besonders das

Gebahren des Herrn K o w o l d, der früher eifrig mit Blutrath Schlägen und Parteilidern hauffen gegangen und sich dann so schön entwickelt habe nach dem Wahlsprüche: „Weß Brot ich esse, des Lied ich singe“. Mehrere andere Meister wußten gleichfalls noch verschiedene vortreffliche Eigenschaften der Herren jener Fabrik entsprechend zu kritisieren. Einstimmig ward schließlich folgende Resolution angenommen:

„Die am 10. Oktober in „Willingen's Gesellschaftshaus“ tagende öffentliche Versammlung der Fabrik- und gewerblichen Hilfsarbeiter erkennt die geschäblichen Zustände auf der „Continental-Gaoutchou- und Guttapercha-Compagnie“ als den tatsächlichen Verhältnissen entnommen an und spricht ihre entschiedene Mißbilligung namentlich über das Vorgehen der angeleiteten Meister der Fabrik gegen die Arbeiter aus.“

Die Anwesenden verpflichten sich ferner, so viel wie möglich für eine Stärkung des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen einzutreten. Es ward sodann noch eine Kommission, bestehend aus den Kollegen K a l l m e y e r, S o d und R e u m a n n, gewählt, welche der Direktion jener Fabrik die Mißstände schriftlich unterbreiten soll, weil es den Arbeitern der Fabrik fast unmöglich gemacht wird, ihre Klagen bei der Direktion persönlich vorbringen zu können.

Hochst. Eine öffentliche Versammlung der Fabrik- und Hilfsarbeiter tagte am 22. September in der „Rosenau“, in welcher Genosse J. Brand aus Frankfurt a. M. einen beifällig aufgenommenen Vortrag über den „wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse“ hielt, wobei er auch die Mißstände und die „Wohltätigkeits-Einrichtungen“ der hiesigen „Farbwerte“ streifte. Hierauf erläuterte Kollege Legendere „ausführlicher Weise den Zweck und die Ziele unseres Verbandes“, sowie überhaupt den Nutzen einer gewerkschaftlichen Organisation und forderte am Schluß seiner Ausführungen zum Anschluß an den Verband auf. Obwohl der Besuch der Versammlung noch zu wünschen übrig ließ, so traten doch 9 Mann dem Verbande bei. Nach Erledigung verschiedener Verbandsangelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Höhe. Sonnabend, den 25. September, tagte unsere Mitgliederversammlung. Nach der vollenommenen Aufnahme einiger Mitglieder wurde ein Vortrag über die Arbeiterorganisationen und die Berufsstatistik gehalten. Dann wurde zur Wahl eines Delegierten für die Lübecker Konferenz geschritten und Kollege Schütter gewählt. Nach Erledigung der im Punkt „Verschiedenes“ angeregten Dinge wurde die Versammlung geschlossen.

Kassel. Am 2. Oktober tagte unsere außerordentliche Mitgliederversammlung im Lokale Schäfergasse 33. Der auf der Tagesordnung stehende Punkt: „Wahl eines Vertrauensmannes“ wurde mit dem Hinweis, daß die Wahl in einer öffentlichen Versammlung vorzunehmen sei, abgelehnt. Als Bevollmächtigte kamen darauf die Kollegen Bürger, Schaff und Geller in Vorschlag, als Revisoren die Kollegen Reichardt, A. und D. Unter Verbandsangelegenheiten stellte Kollege Gr. an den ersten Bevollmächtigten die Anfrage, wodurch er (Gr.) seine Pflichten gegen den Verband verlehrt habe? Der erste Bevollmächtigte erwidert die Pflichtverletzung in der veräumten Berichterstattung über die Thätigkeit des Kartells. Kollege Gr. führt Klage darüber, daß die Kollegen der Lohnauszahlung am Freitag so wenig Interesse entgegenbringen. Die nächste Versammlung hat sich mit den Vorbereitungen zum Stiftungsfeste zu beschäftigen.

— Laut Beschluß unserer letzten Versammlung vom 9. Oktober wird nur auf Sammelisten gezeichnet, welche vom Hauptvorstand gesandt werden. Alle anderen werden für ungültig erklärt und nicht wieder retour gesandt. Dieser Beschluß wurde gefaßt, weil bei anderen als vom Vorstand gesandten Listen jede Kontrolle darüber fehlt, ob der Streik vom Hauptvorstand als berechtigt anerkannt ist oder nicht.

Magdeburg. In fünf öffentlichen Versammlungen der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen referierte Frau Köhler-Brand über: „Die Lage der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen und wie ist dieselbe zu bessern“. Die Rednerin verbreitete sich zunächst über die heutigen wirtschaftlichen Zustände im Allgemeinen und bewies, wie diese dahin führen, die Frau immer mehr in das Getriebe der Industrie zu bringen, wo sie als billige Arbeitskraft den Mann verdrängt. Nach einer Beleuchtung der in Schlesien üblichen geringen Löhne, die zwischen 20 und 75 Pf. pro Tag schwanken und der Arbeiterbevölkerung kaum das Sattessen an Kartoffeln ermöglichen, schilderte Rednerin die Verhältnisse in Magdeburg. Hier erhalten sehr viele Arbeiterinnen einen Lohn von 4 bis 7,50 Mkt. pro Woche. Selbst ein bürgerlicher Nationalökonom hat für eine Arbeiterin ein Einkommen von 10,50 Mkt. pro Woche für unbedingt erforderlich gehalten. Die Folgen der schlechten Löhne sind: Prostitution, Elend, körperliche Verkümmern der Arbeiterklasse durch mangelnde Ernährung. Ueber all diesen Jammer sieht das Unternehmertum hinweg und sucht immer mehr die Löhne zu kürzen und einen größeren Profit aus dem Ertrage der Arbeit zu ziehen. All diesen Dingen soll die Organisation entgegenwirken, sie soll als Schutzwall gegen die Uebergriffe der Unternehmer dienen. Daher ist es Pflicht eines jeden Arbeiters und jeder Arbeiterin, der Organisation beizutreten um durch gemeinsamen Kampf die wirtschaftliche Lage zu bessern. Reicher Beifall wurde der Rednerin zu Theil. In den fünf Versammlungen wurde mirksam für den Verband agitiert. Besonders war es die Referentin, die in ihren Schlussworten in eindringlicher Weise den Anwesenden die Pflicht, sich der Organisation anzuschließen, klar machte. An 180 Mitglieder sind aufgenommen worden. In Sudenburg und Odenstedt wurden Zahlstellen errichtet.

Offenbach. Am 27. September tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Bei Eröffnung der Versammlung theilte der 1. Bevollmächtigte mit, daß der Referent nicht erschienen sei. Die Versammlung ging darum zum 2. Punkte der Tagesordnung: Vorschlägen der Bevollmächtigten und Revisoren, über. Als Bevollmächtigte kamen die Kollegen Spies, Schmelzer und Brill, als Revisoren die Kollegen Hell, Benging und Frau Haupt in Vorschlag. Die Kollegen Müller, Stein, Schmitt, Flach, Frau Träger und Frau Ferk wurden in die Agitationskommission gewählt. Eine lebhafteste Debatte entspann sich über den jetzigen Stand der Zahlstelle Fehenheim. Diese ist von Kollegen aus Frankfurt gegründet worden, in der ersten Zeit nach der Gründung stand der Zahlstelle ein Lokal zu Verfügung zur Verfügung, seit einer Reihe von Jahren aber nicht mehr. Die Mitgliederzahl ist deswegen immer mehr zurückgegangen. Es handelt sich nun darum, dafür zu wirken, daß die noch vorhandenen Mitglieder in regerer Weise für die Organisation wirken. Da die Leitung der Zahlstelle Offenbach erklärte, in der Angelegenheit nichts thun zu können, so wurde der Ausschuss aufgefordert, in Fehenheim nach dem Rechten zu sehen. Die Versammlung erlebte dann noch Dinge, die nur lokaler Natur waren.

Uetzingen. In der Mitgliederversammlung, welche am 10. Oktober bei Wader tagte und trotz besonderer Einladung nur von wenigen Kollegen besucht war, verlas der zweite Bevollmächtigte die Abrechnung, welche in die Verbandskasse 110,26 M. bilanziert. An die Verbandskasse sind 50 M. abgesandt und 7,28 M. waren an Revisionsauszahlung vorausgibt. Die Lokalkasse wies eine Einnahme von 23,96 M. und eine Ausgabe von 14,70 M. auf, so daß ein Saldo von 9,26 M. verblieb. Da Einwendungen gegen die Abrechnungen nicht erhoben, wurde dem Kassierer Dehage erteilt. Hierauf wurden folgende Kollegen einstimmig in Vorschlag gebracht: G. Bogt erster, G. Heidorn zweiter und G. Böhler dritter Bevollmächtigt; zu Revisoren wurden vorgeschlagen G. Grash, W. Hohmann und G. Rimmiger. Hierauf wurde zur Konferenz in Lübeck Stellung genommen und nachdem die

Sollgen Heidorn und Bogt den Jwed derselben erläuert, be- schlossen, einen Delegirten zur Konferenz zu entsenden und wurde Kollege Bogt einstimmig gewählt. Nachdem noch Kollege Bogt die Resolutions an ihre Pflicht erinnert, erfolgte Schluß der Ver- sammlung.

Schulan. Am 16. September tagte im Lokale des Herrn Käbler eine öffentliche Arbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung, in der Frau Zieg aus Hamburg über folgende Punkte referirte: Die heutige kapitalistische Produktionsweise, die Nothwendigkeit einer Arbeiterorganisation und die Frau als Kontrahentin des Mannes. Die Rednerin gab ein anschauliches Bild von der heutigen Produktionsweise, die zur Verarmung der Massen führe, und bei der sich die Befugter der Produktionsmittel den Ertrag der Arbeit Anderer aneigneten. Rednerin begründet die Nothwendigkeit der Organisation mit den immer fühlbarer werdenden Uebelständen, die die moderne Wirtschaft zeitige, und meint, daß diese nur durch vereinte Kämpfe der Arbeiter gemildert werden könnten. Die Arbeiterinnen würden heute als Kontrahentinnen des männlichen Arbeiters ausgepielt; von dem Zeitpunkte an, von dem die Arbeiterin im Rahmen der Organi- sation als gleichberechtigte Mitstreiterin Aufnahme gefunden hat, würden Arbeiter und Arbeiterinnen durch gemeinsame Interessen verbunden sein und der Lohnbrückeri durch billigere Frauen- arbeit ein Riegel vorgehoben sein. Nach diesem Referate hielt ein polnischer Genosse in seiner Sprache ein Referat, bestimmt für die zahlreich anwesenden polnischen Arbeiterinnen und Ar- beiter. In ihrem Schlußworte forderte Frau Zieg die An- wesenden zum Anschluß an die Organisation auf. Zur Deckung der Tageskosten waren 8,95 M. eingegangen.

Wesellbüren. Die am 3. Oktober abgehaltene Mitglieder- versammlung brachte dem Verband einen Zuwachs von 8 neuen Mitgliedern. Die Abrechnung für das 3. Quartal ergab eine Einnahme von 79,05 M. An die Verbandskasse sind 53,30 M. gefandt worden. Dem Kollegen Z. wurden, weil er bereits 6 Wochen krank ist, aus der Kassa 5 M. bewilligt. Kollege Rathen hat die ihm wegen Befähigung zuerkannte Gefängniß- strafe am 13. Oktober angetreten.

Eingefandt.

Ludwigshafen a. Rh. Das trübe Bild, welches die seitherigen Versammlungen boten, veranlaßt mich, meinen hiesigen Verbandskollegen einige Worte zu widmen. Schon seit geraumer Zeit muß man leider wahrnehmen, daß es die hiesigen Kollegen nicht mehr der Mühe werth halten, die Verbandsversammlungen

zu besuchen. Ich hatte am 11. September eine öffent- liche Arbeiterversammlung einberufen mit der Tages- ordnung: Vortrag: „Die Fortschritte der sozialen Be- wegung in der bürgerlichen Gesellschaft“. Ich muß aber bedauern, daß wegen schlechten Besuchs der Ver- sammlung der Vortrag ausfallen mußte. Von der Zahlstelle, die 200 Mitglieder zählt, waren nur 32 Kollegen erschienen. — Kollegen von Ludwigshafen, denkt nicht, wenn Ihr nur Eure Beiträge bezahlt, dann habt Ihr für die Sache genügend gethan! Nein, in die Versammlungen müßt Ihr kommen und sehen und hören, was da vorgeht; Ihr müßt mit agitiren und organisiren, und ich bin überzeugt, daß jeder Kollege in der Lage ist, alle 3 Wochen die Versammlung zu besuchen, wenn er nur will. Darum Kollegen, fordere ich Euch nochmals auf, wenn der Ruf an Euch erkönt, ihm zu folgen. Denn je reger der Versammlungsbefuch ist, um so besser werden wir das Werk der Aufklärung vollbringen können.

Mit kollegialischem Gruß
Jakob Massenbeier, 1. Bevollmächtigter.

An die Zahlstellen des Herzogthums Braunschweig und der angrenzenden Provinzen.

Die Agitationskommission beabsichtigt in nächster Zeit Flugblätter drucken zu lassen, dieselben werden dem Wolfenbütteler Konferenz-Beschlusse gemäß für jede Zahlstelle passend hergestellt und bitten wir die Bevollmächtigten, die dazu nöthigen Angaben: Zahl der gewünschten Blätter, Lokal und Zeit der Versammlungen, sofort dem Unterzeichneten zu machen. — Gelber gingen ein: Von der Zahlstelle Braunschweig 15 M.; von der Zahlstelle Hamein 10 M. Mit Gruß
Wilh. Kuhlhorn, Braunschweig, Kramerstr. 22 a.

Zur Beachtung.

Das Mitgliedsbuch Nr. 1244, lautend auf den Namen J. Kabe, ist abhanden gekommen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Die Kollegen Hugo Bierhaus aus Grubenhagen und Wilhelm Rölke aus Wustemühl sollen dem Kollegen H. Seyffert, Potsdam, Breitestraße 16, ihre Adressen mittheilen.

Briefkasten.

G. Schw. Berichte über Festlichkeiten veröffentlichen wir nicht. D. Red.

Neue Adressen u. Adressen-Änderungen.

- Biebrich a. Rh. Paul Thiele, Hermannstraße 14.
- Birkwälder a. d. Bille. Geinr. Löwe, Nr. 60.
- Flensburg. S. Göring, Leichstraße 17.
- Holzwinden. Gust. Schwen, Raternstein 11.
- Kolberg. A. Brandt, Hafenstraße 2.
- Röln. Friedr. Behnde, Schnurgasse 15.
- Rothenburgsort. D. Finkenwälder, Stresowstraße 2.
- Sudenburg-Magdeburg. Felix Grieb, Wolfenbüttelerstr. 11.

Inserate.

Berspätet.

Unserem Verbandskollegen Paul Hockauf senden wir zu der am 17. Oktober stattgefundenen Hochzeitsfeier die herzlichsten Glückwünsche.

Die Mitglieder der Zahlstelle Welfb.

Zahlstelle Berlin.

Sonnabend, den 23. Oktober 1897, Abends 8 Uhr: I. Stiftungsfest verbunden mit Konzert, Spezialitäten-Vorstellung und Ball, im „Cöllner Hof“, Cöllnerstraße 8. Die Musik wird von Berufsmusikern ausgeführt. — Um zahlreichen Besuch bitten Die Bevollmächtigten.

Versammlungs-Anzeiger.

Bei Orient, wo eine andere Adresse bezüglich des Reisegehehens nicht angegeben ist, gelangt dasselbe beim 1. Bevollmächtigten zur Kaszablung. — In jeder Versammlung werden Mitglieder aufgenommen und Beiträge erhoben.

M. = Mittags. N. = Nachmittags. Ab. = Abends. i. M. = im Monat.

Afen. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. eines jeden Monats, Ab. 8 1/2 Uhr, im Gasthof „Zum Elbhafen“.

Alfeld. Jeden 1. und 3. Sonnabend, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Hof, Lindl. Die Herberge ist in der Parkstr. Reisegehehnt beim Kollegen W. Jörkman, Ständehausstr. 3, M. von 12-1 und Ab. von 7-8 Uhr.

Altenburg. Versammlungen in Steinert's Restauration, Kesselgasse. — Reisegehehnt M. von 12-1 Uhr und Ab. von 7-8 Uhr bei Karl Richter, Kesselgasse 26.

Altengagen. Versammlung alle 14 Tage, Sonntags, 4 Uhr, bei Friz Lucht.

Altona-Ötzenen. Mittwoch, 27. Oktober, Ab. 8 1/2 Uhr, bei W. Klatt, Friedrichsbadstr. 9. Dasselbst wird auch das Reisegehehnt ausbezahlt.

Angsburg. Jeden 1. und 3. Sonnt. i. M., Herrn 10 Uhr im Gasthaus „Zum neuen Vieh- wach“. — Reisegehehnt dajelbst Mittags von 12-1 Uhr.

Barabed. Jeden zweiten Mittwoch i. M., Ab. 8 1/2 Uhr, bei J. Klupp, Ude Diederichs- und Deisen- straße. Verkehr bei W. Mierzen, Stückenstraße 50.

Bergedorf. Reisegehehnt Ab. 7-8 Uhr bei J. Brüggen, Hinterm Graben 17. Herberge und Verkehrslokal bei J. Bez, Löffelwiese 8.

Berlin. Jeden zweiten Donnerstag i. M., Colbergerstr. 23. Reisegehehnt von 5-6 Uhr Nachmittags.

Berburg. Alle 14 Tage, Sonnabends, Ab. 8 Uhr, im „Thüringer Hof“, Schulstraße. Reisegehehnt M. 12-1 Uhr, Ab. 6-8 Uhr bei E. Simon, Custrauerstraße 60, 2. Et.

Biebrich. Versammlung alle 14 Tage, Sonnabend Abends 8 1/2 Uhr, im Gasthaus „Zum Kaiser Adolph“, Wiesbadenstr. 39.

Bielefeld. Alle 14 Tage, Sonntags, 2 Uhr, im Hülpefeldschen Lokale.

Bitterfeld. Sonntags nach dem 1. und 15. eines jeden Monats. Durchreisende Kollegen können im Restaurant Henkewitz, Rathswall, Akerstr. 12. Reisegehehnt bei H. Meyer, Löffel- straße 12. Reisegehehnt bei H. G. Hertenhausen, Löffelstraße 11, 2. Et., nach 6 Uhr Abends.

Bodenheim. Alle 14 Tage, Sonntags, Ab. 8 1/2 Uhr, zu den drei Hagen. Reisegehehnt M. 12-1 Uhr, Ab. 7-8 Uhr.

Börsch. Jeden ersten Sonntag i. M., 4 Uhr, bei Herrn Fr. Siebers, Ederförde.

Braunschweig. Jeden Dienstag nach dem 1. u. 15. im Monat im Lokale des Herrn Quas, Alte Knochenbr. Nr. 11. — Reisegehehnt daselbst.

Burg. Reisegehehnt Ab. 6-8 Uhr.

Cassel. Jeden zweiten und letzten Sonnabend, Abends 8 1/2 Uhr, bei G. Guba, Schützen- gasse 33. Reisegehehnt beim Kollegen Joh. Schart, Raffenhausstr. 20, 3. Etage, Abends 7-8 Uhr.

Celle. Sonntags, den 7. November, Ab. 8 Uhr, Verkehrslokal u. Herberge beim Gastwirth Knopp, Friesenwiese. Reisegehehnt Ab. 7-8 Uhr.

Danzig. Jeden Sonnabend von 6-10 Uhr Ab. Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Reisegehehnt bei Fr. Hartung, Baumstraße 37, 1.

Delmenhorst. Alle 14 Tage, Sonntags, 2 Uhr, im Wenden's Hotel. Dasselbst das Reisegehehnt durch Herrn Bielefeld.

Dehna. Versammlung alle drei Wochen Donnerstags, Abends 8 Uhr, im Eisenberg's Salon, Köpcke'scher 6. Reise-Unterstützung Abends von 8 Uhr an bei Fr. Brühner, Köpcke'scher 41. Herberge in „Stadt Brauns- hweig“, Leipzigerstr. 24b.

Dehna. Zahlstellen zur Erhebung der Beiträge sind errichtet in Lötzen: Gumpel's Restaurant, in Pritzsch: Peters's Gasthof.

Düsseldorf. Verkehr im Lokale des Herrn Helthausen, Martinstr. 81. Reisegehehnt 7-8 Uhr.

Elber. Am letzten Mittwoch i. M. bei Kesselt, Wandsbeler Chaussee 162.

Elmshörn. Jeden letzten Mittwoch eines Monats, Abends 8 1/2 Uhr, bei Strud, Frucht- wille 70.

Elmshörn. Reisegehehnt bei Großmann, auf dem Flammwege 39. Dasselbst Verkehr und Herberge und jeden ersten Sonntag i. M. Versammlung.

Fechenheim. Reisegehehnt bei Andreas Niem, Langestr. 38.

Flensburg. Jeden ersten Donnerstag i. M. im „Mühlensparken“ und am ersten Donnerstag nach dem 15. eines jed. Mon. im „Hofsteinfischen Hause“. Reisegehehnt b. Aug. Kückhan, Gasth. Hohe Waf. 1.

Franenthal. Verkehrslokal bei Herrn. Bayland, „Zur Stadt Nürnberg“.

Frankfurt a. M. Reisegehehnt Ab. 8-10 im Restaurant Stedenreiter, am Börseplatz 9.

Greifswald. Sonnabends, 9. Oktober, Ab. 8 1/2 Uhr, b. Herrn Fr. Petersen.

Güldenstedt. Jeden letzten Sonnabend i. M. im Lokale des Herrn Uhr. Mint, am Markt.

Hagen i. W. Alle 14 Tage, Sonntags, 4 Uhr, im Lokale des Herrn Kappe, am Markt. Herberge bei Gastwirth Lendman, Behrnhaufer- straße 1. Reisegehehnt Ab. 7 Uhr.

Hagen-Selbete. Jeden ersten Sonntag i. M., 3 Uhr, bei G. Schulte, Selbeteckstraße 200. Dasselbst Verkehrslokal.

Halberstadt. Jeden zweiten Dienstag i. M., Ab. 8 1/2 Uhr, bei H. Hollmann, „Mündener Bierhalle“, Gerberstraße 15. Reisegehehnt das. 9-12 Uhr Vorm. 2-8 Uhr N. Zentralherberge der Gewerkschaften Kornstraße 6, bei Ehrenhold.

Hamburg. Reisegehehnt in der Herberge und Verkehrslokal bei H. Fid, Rosenstraße 37.

Hamburg-Blücherstr. Jeden 3. Mittwoch i. M., Ab. 8 1/2 Uhr, bei Liefering, Ude Schumann- und Herberstraße. Verkehr dajelbst.

Hamelu. Jeden zweiten und dritten Sonnt- ag i. M. bei Herrn Kardinal, Ranstraße 52. Dasselbst Verkehrslokal. Reisegehehnt von 7-8 Uhr Ab.

Hamm b. Hamburg. Jeder zweiten Dienst. i. M., Ab. 8 1/2 Uhr, bei Stieberling, „St. Petersburg“.

Hann. Jeden 2. und 4. Sonnabend, Ab. 9 Uhr, im Lokale zum „Nürnberg Hof“. Dasselbst jeden Sonnabend von 9 Uhr ab Erhebung der Beiträge. Reisegehehnt M. 12 1/2-1 1/2 Uhr bei G. Huth, Nürnbergstraße 6a. Herberge im Gasthaus zur „Stadt Frankfurt“.

Hannover. Reisegehehnt wird Burgstr. 9, Expedition des „Volkswille“, ausbezahlt. — Herberge und Verkehrslokal bei Herrn Fr. Halbe, Klosterweg 4.

Harburg. Reisegehehnt wird bei Herrn Lamprecht, Barnapp 19, ausbezahlt.

Haste i. W. Versammlung bei Herrn Friz Pütter, auf der Herfert. — Reisegehehnt bei Herrn Gerhard Jochim, Ködingerstraße 3.

Helmstedt. Jeden ersten Sonntag i. M., 4 Uhr, im „Lindenhof“ (auf dem Holzberg). Dasselbst Verkehr und Reisegehehnt.

Hilbesheim. Sonnabend, den 23. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, bei Gastwirth August Wolff, Kamenstraße, Vortrag. Das Reisegehehnt wird dajelbst von 6-8 Uhr Ab. ausbezahlt, ebenda befindet sich die Herberge.

Hirschberg. Jeden Sonntag nach dem 1. i. M., Abends 8 Uhr, Zusammenkunft zum Bezahlen der Beiträge bei Kollege Effener, Schuldenstraße, Kaffeehaus.

Holzwinden. Alle 14 Tage, Sonnabends, im Lokale des Herrn Uhr. Böhndel, Restaurant zur „Festung“. Durchreisende Kollegen können in der Herberge zur Heimath, Hinterstraße 25, übernachten. Reisegehehnt beim Kollegen Gust. Schwen, Friesenweg 3, pl., Abends von 6-8 Uhr.

Homburg v. d. S. Reisegehehnt von 7 bis 8 Uhr Ab. bei 2. Mühlitz, Lötzenstr. 7.

Hoyerswerda. Alle 3 Wochen Mittwoch Ab. 8 1/2 Uhr im Gasthaus zur „Koselau“. Nächste

Versammlung am Mittwoch, 3. Nov. Verkehrs- lokal dajelbst. Durchreisende Kollegen können bei Vorzeigung ihres Verbandsbuches im „Gast- haus zur Stadt Frankfurt“ für 35 Pf. über- nachten. — Reisegehehnt M. 12-1 und Ab. 5 bis 7 Uhr.

Juchow. Jeden letzten Sonnabend i. M. auf der Zentral-Herberge. Reisegehehnt Ab. von 6-8 Uhr.

Kellinghusen. Jeden zweiten Mittwoch i. M. Reisegehehnt bei Frau Fohr, Fehnschiffstraße.

Kelsterbach a. M. Herberge im Lokale „Zum Böwen“. Reisegehehnt M. von 12-1 Uhr und Ab. 8-9 Uhr bei Herrn. Währ, Mainstr. 40.

Kleefeld. Jeden ersten Sonntag und jeden Sonnabend nach dem 15. i. M. bei v. Storren.

Köln. Regelmäßig alle 14 Tage, Sonntag Vorm. 11 Uhr, bei Wirth Webus, Kämmergasse 18. Reisegehehnt in der Woche, M. 12-1 Uhr, bei Johann Alender, Krabenhof 2, Sonntags, M. 12-1 Uhr, bei Webus, Kämmergasse 18. — Herberge bei Herrn. Junhoff, „Zur Pfahlburg“, Perlengraben 34.

Kolberg. Reisegehehnt bei Kollege Lampe, Molkestr. 17, Ab. von 6 Uhr ab.

Kolbemoor. Verkehr: „Gasthaus zur Restauration“. Versammlung alle 14 Tage ebendasselbst. Das Reisegehehnt bei Kollege Johann Gebhardt, Rosenheimerstr. 219.

Kosheim. Jeden ersten und dritten Sonntag i. M., 3 Uhr, im Vereinslokale. Reisegehehnt bei Kollege Ph. Schröpfer, Wilhelmstraße, Ab. 7-8 Uhr.

Kriebitzsch. Sonntags, 24. und Sonntag, 31. Oktober, Nachm. 3 Uhr, im Gasthof zu Neu- polderchan.

Landshut. Jeden 1. Sonntag i. M. Zahlung der Beiträge, 14 Tage später Versammlung im Lokale des Herrn Koppauer, Zum Hornung, Am Gries. — Reisegehehnt beim Kollegen Kemter, Gries 32, Ab. 6-7 Uhr.

Lauffen. Verkehr im Lokale „Zum Adler“.

Lübeck. Jeden zweiten Dienstag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats im Lokale des Herrn Leete, Lederstraße 3.

Ludwigshafen. Verkehrslokal bei Joh. Ph. Schreiner, Friesenheimerstraße 24. Reisegehehnt dajelbst.

Magdeburg. Jeden 1. Sonntag i. M. bei Fraier, Fabrikstraße 5 u. 6, und jeden Sonntag nach dem 15. in der Alten Neustadt, Lokal „Zur Krone“, Moldenstraße 44/45. — Arbeits- nachweis und Herberge Kleine Klosterstr. 15/16, dajelbst Auszahlung des Reisegehehnts.

Mainz. Jeden zweiten u. letzten Sonntag, Vorm. 10 Uhr, bei Herrn Arnold, Neubrunn- straße 11. Herberge in der „Stadt Worms“, Rothe Kopfgasse. Dasselbst Reisegehehnt Ab. von 6-8 Uhr.

Möckling. Jeden ersten Sonnabend nach dem 15. eines jeden Monats im Lokale des Herrn Seeler.

Mühlheim a. M. Jeden ersten Sonntag i. M. bei A. Kan, Zum heffischen Hof, daselbst auch das Verkehrslokal.

Mühlheim a. Rh. Alle 14 Tage, Sonnt. Vorm. 11 Uhr, bei Herrn Meyer, Deurerstr. 68. Reisegehehnt dajelbst.

München. Reisegehehnt bei Kollege Greger, Weihenburgerstr. 21, 3. Et. M. v. 12-1 Uhr, Ab. v. 6 1/2-7 1/2 Uhr. Verkehrslokal für reisende Kollegen in der „Zentralherberge“, Simprunstr. 5. Das städtische Arbeitsamt befindet sich auf der Kohleninsel.

Nürnberg. Alle 14 Tage im Lokale „Zum schwarzen Adler“. Reisegehehnt bei Kollege Raabe, Marienmaier 22.

Neumünster. Jeden 2. Mittwoch i. M. bei Kellermann, Finkenstraße. Reisegehehnt dajelbst.

Nienburg a. W. Jeden ersten und letzten Sonnabend i. M. bei Henkel.

Peine. Jeden 1. Sonntag i. M. Verkehrs- lokal bei Hartenstein, Rosenhagen 7. Reise- gehehnt wird Ab. 7-8 Uhr bei G. Fintel, Schürstr. 28, ausbezahlt.

Ostertwief. Das Reisegehehnt wird M. von 12-1 Uhr und Ab. von 6-8 Uhr beim Kollegen Schumann, Leichdamm 5, 3. Etage, ausbezahlt.

Offenbach. Reisegehehnt beim Kollegen W. Jöst, Mittelteest. 36. Arbeitsnachweis dajelbst.

Pinneberg. Jeden ersten Dienstag i. M. in der „Zentralhalle“.

Potsdam. Jeden Donnerstag nach dem 15. eines jeden Monats bei Herrn Glaser, Brandenburger Com. 16. Dasselbst jeden Sonnabend von 8 1/2-10 Uhr. Zahlung. Reise- gehehnt beim 1. Bevollm. Ab. 7-8 Uhr.

Reudersburg. Verkehrslokal und Herberge für die Verbandsmitglieder ist die Zentral-Herberge, Gränelstr. 2, dajelbst wird auch die Reisemter- stützung ausbezahlt vom Herbergswoater.

Ridlingen b. Hannover. Sonntags, nach Erscheinen des „Proletarier“, Nachm. 4 Uhr, bei Karl Lampe, auf dem Fißgerhofe.

Salzwedel. Versammlungen alle 14 Tage, Sonnabend Nachm. 4 Uhr, bei Herrn Gastwirth Herzog, „Zur Stadt Hamburg“.

Selmörsdorf. Jeden Sonntag nach dem 1. eines jeden Monats.

Sonderburg. Jeden ersten Sonnabend i. M. im Lokale der Wittwe Schwarz, Norderbrücke. — Reisegehehnt bei G. Puske, St. Jürgen- straße 20.

Schöningen. Jeden 2. Sonnabend i. M., Abends 8 1/2 Uhr. Reisegehehnt wird M. von 12-1 Uhr und Ab. von 7 1/2-9 Uhr beim Cigarettenfabrikanten S. Wassermann ausbezahlt.

Schunungen. Reisegehehnt beim Kollegen G. Stegner, M. von 12 bis 1, Ab. v. 6 bis 7 Uhr.

Schwartau-Neusefeld. Jeden letzten Sonntag i. M., Ab. 8 Uhr, beim Gastw. U. Timm i. Schwartau.

Stade. Jeden ersten Sonntag i. M., 4 Uhr, im Lokale des Herrn Polthausen in Schöllich.

Stadelndorf u. Umg. Jeden Sonntag i. M. bei Fr. B. Baetau, Fadenburg.

Sudenburg. Jeden Sonnabend nach dem 1. eines jeden Monats, Ab. 8 Uhr, und jeden Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats, Nachm. 3 Uhr, in der Restauration „Zum Deutschen Hof“, St. Michaelstr. 16.

Tangermünde. Verkehrslokal bei Frau Kuno, Schützenstraße.

Thiede. Jeden 2. Sonntag i. M. im Lokale der Wittwe Bange.

Tilfit. Für Tilfit jed. Sonnt. vor d. 1. u. 15. i. M., für Schillgalle jed. Sonnt. nach d. 1. u. 15. i. M. im Gart. des Herrn Leuteit.

Uetersen. Jeden ersten Mittwoch i. M. auf der Herberge bei Wader.

Wedel. Jeden Sonntag nach dem 15. und 1. eines jeden Monats im Lokale des Herrn Siedenstedt in Wedelade.

Wandsbek. Jeden zweiten Mittwoch i. M. bei Dänele, Sternstr. 27. Reisegehehnt dajelbst.

Wedel. Jeden ersten Dienstag i. M., Ab. 7 Uhr, zur „Stadt Altona“, Wedel. Herberge bei Fr. Stühmer, Hinterstraße. Reisegehehnt bei Kol. Friede, Mühlensstraße. Beiträge werden jeden Dienstag Abend bei Gastwirth Behrmann, Schulau, entgegengenommen.

Wehringhausen. Sonntags, 31. Oktober, Ab. 6 Uhr, bei Herrn W. Piepenstuck, Lange- straße 11.

Wernigerode a. S. Alle 14 Tage, Sonnabends, 8 Uhr Ab., im Lokale „Zum Volksgarten“.

Wilhelmsburg. Jeden zweiten Sonntag i. M. im Lokale des Herrn Konow, Reiferstieg. Reisegehehnt bei A. Rietmann, Rothes Haus.

Winterrade-Appendorf. Jeden dritten Donnerstags i. M., Ab. 8 1/2 Uhr, bei Herrn Köllner, Lindenhof, Winterhude.

Wolfsgr. Alle 14 Tage, Sonnabends, Ab. 8 Uhr, im Lokale des Herrn Sprawke, Schützenstraße. Reisegehehnt M. 12-1 Uhr, Ab. 6-8 Uhr, Fahrenstraße 32.

Worff. Jeden Sonnabend nach Erscheinen des „Proletarier“, Ab. 8 1/2 Uhr, im Dauch'schen Lokale, „Zum weißen Bär“, Heide. Reisegehehnt b. Kol. G. Fröhlich, Renederstraße 28, Mittags 12-1, Abends 7 1/2-8 1/2 Uhr.